

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Walter Kolbow MdB zur aktuellen Lage der Bundeswehr und zu deren Somalia-Einsatz: Die Streitkräfte brauchen Klarheit und Sicherheit.

Seite 1

Professor Dr. Uwe Holtz MdB zur Arbeit einer Institution, die der Bonner Unterstützung bedarf: Bilanz positiv. Das Nord-Süd-Zentrum des Europarates.

Seite 3

48. Jahrgang / 86

6. Mai 1993

Die Streitkräfte brauchen Klarheit und Sicherheit Zur aktuellen Lage der Bundeswehr und zu deren Somalia-Einsatz

Von Walter Kolbow MdB
Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die aktuelle Lage der Bundeswehr ist gekennzeichnet durch eine handfeste Auftrags-, Struktur- und Finanzkrise, die zum überwiegenden Teil hausgemacht ist, also auf das Konto des Verteidigungsministers geht. Minister Rühle konnte nur von Bundeskanzler und Finanzminister durch zusätzliche Etat Kürzungen brüskiert werden und mit seiner Planung ins Schlaudern geraten, weil er Opfer seiner eigenen falschen Lagebeurteilung wurde: Er war nicht mutig genug, sich rechtzeitig auf die zusätzliche und mögliche Reduzierung des Verteidigungshaushalts einzustellen, wollte sich nicht auf das beschränken, was notwendig und machbar ist, sondern als Nebenaußenminister die Bundeswehr ohne Rücksicht auf die fehlende Rechtssicherheit vom sicherheits- und verteidigungspolitischen zum außenpolitischen Instrument umbauen. Der finanzielle Offenbarungseid dürfte aber, Beispiel Neues Europäisches Jagdflugzeug, nicht lange auf sich warten lassen. Rühle hat Erwartungen auf Einsparungen bei diesem Projekt geweckt, die er jetzt nicht erfüllen kann. Deshalb hat er gestern, offenbar noch immer nicht klug geworden, vor weiteren Kürzungen bei der Bundeswehr gewarnt. Angesichts der gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Prioritätensetzung und prekären Finanzlage des Bundes sind sie jedoch unausweichlich. Die geplanten und bestellten Kleider der Bundeswehr sind zu groß geraten und schlicht nicht mehr bezahlbar.

Dabei ging es auch anders:

- Statt Kampfeinsätzen nur humanitäre und Blauhelm-Missionen
Der neue Auftrag der Bundeswehr muß vom Bundestag gebilligt, das Grundgesetz entsprechend angepaßt werden. Der neue Verfassungsrahmen ist in einem Bundeswehraufgabengesetz detailliert festzulegen. Nur so sind Rechts- und Planungssicherheit wiederherzustellen und Vertrauen in die Politik wiederzugewinnen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltungsbüro
zu werblichen Absichten
Resycling-Papier



- Verzicht auf fragwürdige PR-Aktionen

Mit einer aus Steuermitteln finanzierten Medienkampagne ohne gleichen versucht der Verteidigungsminister, die Bevölkerung an weltweite Einsätze unserer Streitkräfte zu gewöhnen. Die verfassungswidrige Entscheidung soll durch öffentliche Zustimmung sanktioniert, die Opposition im Bundestag dadurch zusätzlich unter Druck gesetzt werden. Dieses Vorhaben wird scheitern. Die Informationen und Anzeichen mehren sich, daß der gesamte Somalia-Einsatz eine einzige PR-Kampagne ist, die Anforderung deutscher Truppen bei der UNO "bestellt" wurde. Nach letzten Fernsehberichten gibt es in Bosaso für die Bundeswehr keine Aufgaben, weil die durch das THW größtenteils erledigt sind. Der Somalia-Einsatz wurde vom ZDF gestern abend als "blinder Aktionismus" eingeschätzt, Kosten 180 Millionen für sechs Monate.

- Strukturen straffen - nicht neue Wasserköpfe schaffen

Das Ziel des Verteidigungsministers scheint zu sein, die Reduzierung des Streitkräfteumfangs durch Schaffung zusätzlicher Stäbe und Mehrfachunterstellungen auszugleichen. Außerdem hofft er durch die so eingegangenen Verpflichtungen, einen Damm gegen weitere Haushalts- und Personaleinbrüche gebaut zu haben. - Dies ist der falsche Weg, wenn wir auch grundsätzlich multinationale Strukturen für richtig halten. Die Bundeswehr verzettelt sich, wie General a.D. Schmückle ebenfalls feststellte, sie verheddert sich in diesem Strukturdschungel. Und SPD-Fraktion und Bundestag werden sich durch solche Regierungsentscheidungen sicher nicht von notwendigen Korrekturen abhalten lassen.

- Beschränkung auf das Notwendige

Neue und zusätzliche Aufgaben kosten Geld. Schon von daher verbietet sich gegenwärtig die grundgesetzwidrige Ausweitungspolitik der Bundesregierung. Zusätzliche und andere Ausrüstung in Millionenhöhe ist erforderlich. Das muß an anderer Stelle des Verteidigungsetats eingespart werden. Der Verteidigungsminister muß die Konsequenzen seiner Politik tragen und die Bundeswehrplanung grundlegend umsteuern, aber nicht draufsatteln. Mehr Geld für die Streitkräfte wird es nicht geben.

- Personalstärke kein Tabu

Der Friedensumfang der Bundeswehr von 370.000 Mann darf zukünftig kein Tabu sein. Es muß eine offene sachliche Debatte darüber geben, ob und wie die Streitkräfte bis zum Jahr 2000 sozialverträglich weiter reduziert werden können. Dadurch würden substantielle Haushaltsmittel frei.

- Wehrpflicht - oder was sonst?

Bei weiterer Reduzierung muß auch über die Wehrform intensiver nachgedacht werden: Läßt sich die Wehrpflicht beibehalten, wie die Wehrgerechtigkeit so weit als möglich sicherstellen? Sind eine Freiwilligenarmee oder eine allgemeine Dienstpflicht gangbare Alternativen? Die SPD-Fraktion wird dazu in der kommenden Woche eine Expertenanhörung durchführen. Unehrllich ist jedenfalls, was die Bundesregierung tut: Sie erklärt, an der Wehrpflicht unbedingt festhalten zu wollen, verringert aber zugleich deren Akzeptanz in der Bevölkerung durch immer ausgedehntere weltweite Einsätze der Bundeswehr unter Teilnahme von Wehrpflichtigen. Wehrpflichtige haben in "Expeditionskorps" nichts zu suchen, auch nicht freiwillig. Ich halte dieses Vorgehen des Verteidigungsministers für verantwortungslos. Der Einsatz in Somalia ist kein "Abenteuerurlaub". Der Inspekteur des Heeres hat gestern den drastischen Rückgang der Zahl der Grundwehrdienstleistenden beklagt. Wen wundert das, wenn zugleich verkündet wird, daß für Soldaten das Risiko jetzt größer sei als während des Kalten Krieges?!

- Innere Lage der Streitkräfte stärker berücksichtigen

Immer mehr Soldaten machen sich Gedanken, ob die Einsätze außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung überhaupt von Eid und Gelöbnis gedeckt sind. Die Hardthöhe sieht keine Notwendigkeit einer Anpassung an die von ihr herbeigeführte neue Lage. Die SPD hält diese Haltung des Verteidigungsministers für leichtfertig, sie wird den vielfach geäußerten Bedenken der Soldaten nicht gerecht. Wie sollen sie ihren Auftrag erfolgreich erfüllen, wenn sie das Gefühl haben, von Ihrem Dienstherrn nicht ausreichend unterstützt und fürsorglich behandelt zu werden?!

Trotz allem haben die Soldaten, die mit Zustimmung der Parlamentsmehrheit nach Somalia geschickt werden, auch die Solidarität der SPD auf ihrer Seite. Der politische Streit um den Einsatz darf nicht auf dem Rückend er Soldaten und ihrer Angehörigen im Einsatz ausgetragen werden. Streitkräfte, die selbst keine Sicherheit haben, können auch keine Sicherheit produzieren!

(-/6. Mai 1993/rs/ks)

Bilanz positiv: Das Nord-Süd-Zentrum des Europarates
Zur Arbeit einer Institution, die der Bonner Unterstützung bedarf

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und Vorsitzender deren
Wirtschaftsausschusses

Während der dreijährigen Pilotphase von 1990 bis 1992 hat das vom Europarat geschaffene Nord-Süd-Zentrum in Lissabon weitgehend die ihm gestellten Aufgaben erfüllt. Deshalb plädiert der Wirtschafts- und Entwicklungsausschuß der Parlamentarischen Versammlung des Europarats für die Weiterarbeit des Zentrums. Die Annahme einer dementsprechenden Empfehlung durch die Parlamentarische Versammlung an das Ministerkomitee des Europarats erwarte ich in der nächsten Woche anlässlich der Frühjahrssession in Straßburg. Die Bundesregierung hat mehrfach im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit darauf hingewiesen, daß sie die Aktivitäten des Nord-Süd-Zentrum nicht nur mit Wohlwollen begleite, sondern daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit auch Programmteile des Zentrums, so zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, finanziert habe. Um so bedauerlicher ist es, daß sich die Bundesregierung bis heute zu einer offiziellen deutschen Mitgliedschaft im Zentrum nicht bereitgefunden hat, zumal das Zentrum eine wichtige Funktion für die Schaffung eines neuen Denkens hat, das dann zu einem neuen Handeln zwischen Industrieländern und Entwicklungsländer führen muß. Der Mitgliedsbeitrag würde sich auf knapp 300.000 DM belaufen bei einem regulären Budgetansatz des Zentrums von insgesamt etwa 1,6 Mio. DM für 1993, wozu noch ein zusätzlicher Beitrag der Europäischen Gemeinschaft in Höhe von 500.000 DM hinzuzurechnen ist.

Bei aller verständlichen Zunahme von Aktivitäten des Europarats und der einzelnen Mitgliedsstaaten in Richtung Zentral- und Osteuropa kann die Weiterführung des Zentrums ein wichtiges Signal gegenüber den Entwicklungsländern im Süden unsares Globus darstellen.

Das Zentrum ist ein Kind der 1988 vom Europarat in Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft durchgeführten Nord-Süd-Kampagne. Ziel war es, in Europa das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit für die vielschichtigen wechselseitigen Beziehungen zwischen Europäern und den Menschen in den Entwicklungsländern zu wecken. Als Nachfolgeaktivität der Kampagne, die zu Tausenden von Aktionen in insgesamt 92 Ländern führte, wurde im Jahre 1990 auf Einladung der portugiesischen Regierung und unter Zustimmung der Mitgliedsstaaten des Europarats das Europäische Zentrum für globale Interdependenz und Solidarität (Nord-Süd-Zentrum) gegründet. Neben der Europäischen Gemeinschaft sind dem Zentrum bislang 15 Mitgliedsstaaten des Europarats beigetreten: Finnland, Frankreich, Italien, Lichtenstein, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Norwegen, Portugal, San Marino, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Türkei und Zypern.

Zentrale und einzigartige Aufgabe des Zentrums soll die Förderung des öffentlichen Bewußtseins um die Nord-Süd-Problematik in Europa und die Bekämpfung eines "Euro-Egoismus" sein, um dadurch ein besseres Klima und einen entschiedeneren politischen Willen zum Aufbau von konstruktiven und gerechten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu erzeugen. Gleichzeitig soll seine Tätigkeit insbesondere auf der Grundlage von Demokratie und Menschenrechten - den Pfeilern des Europarats - aufbauen und damit den auf Demokratie gerichteten Trend in der sich entwickelnden Welt festigen und auf ein höheres Maß an Toleranz in Europa hinarbeiten. Eigene Projekte traditioneller entwicklungspolitischer Zusammenarbeit sollte es nicht auflegen. Um diese Ziele zu erreichen, hat das Zentrum drei sogenannte Fenster gebildet: Öffentlichkeitsarbeit, Dialog sowie Erziehung und Bildung. Dabei heißen sich die bisherigen Aktivitäten in zwei Kategorien

einstellen, nämlich in Aktivitäten, die vom Zentrum als Hauptorganisator durchgeführt wurden, und in Partnerschaftsaktivitäten, in denen das Zentrum nicht der Hauptorganisator war. Ein weiteres Spezifikum des Zentrums ist - und das macht es bisher einmalig und wegweisend - die Quadrilogstruktur: Das Zentrum arbeitet auf der Grundlage eines einmaligen Systems des Zusammenwirkens von Abgeordneten, Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Vertretern kommunaler Gebietskörperschaften.

Bedeutende Anstöße für den Dialog gegeben

Bei der Bewertung der dreijährigen Pilotphase des Nord-Süd-Zentrums lassen sich folgende Feststellungen treffen: Trotz mancher Anlaufschwierigkeiten und einiger Mängel hat das Nord-Süd-Zentrum in Lissabon weitgehend die ihm gestellten Aufgaben erfüllt. Mit einem kleinen Stab und geringer Finanzausstattung hat das Zentrum wichtige Aktivitäten durchgeführt und bedeutende Anstöße für den Dialog und die öffentliche Mobilisierung im Bereich globaler Interdependenz und der Notwendigkeit eines fairen Nord-Süd-Ausgleichs gegeben. Erinnert sei beispielsweise an das internationale Kolloquium über Demokratie und Menschenrechte (Lissabon 1992), an die internationale Nord-Süd-Konferenz über lokale Initiativen für eine tragfähige Entwicklung (Berlin 1992), an mehrere Workshops zu dem Bereich "Nord-Süd und Jugendorganisationen", die Aufbereitung hervorragender didaktischer Materialien zu Nord-Süd-Themen und an die in vielen Ländern insbesondere von mehreren Fernsehstationen durchgeführten Programme "Eine Welt" (Mai 1992). Außerdem hat das Zentrum wichtige Vermittlungsleistungen für die Nord-Süd-Arbeit der einzelnen Länder Europas erbracht. Als inhaltliches Fundament für die Arbeiten des Zentrums hat sich neben dem am Abschluß der Nord-Süd-Kampagne von 1988 angenommenen Madrider Appell die auf der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Juni 1992 beschlossene Agenda 21 herausgeschält.

Unzulänglichkeiten, die nur zum Teil dem Zentrum zugeschrieben werden können, sind auf folgenden Feldern zu beklagen: Die Entscheidungsfindung des Zentrums mit den verschiedenen Organen ist zu schwerfällig, einige regionale, in den Entwicklungsländern durchgeführte Nord-Süd-Veranstaltungen brachten nicht den erhofften Erfolg, in vielen Mitgliedsstaaten des Europarats fehlt es an nationalen Quadrilog-Aktivitäten, die parlamentarische Säule war insgesamt zu schwach vertreten, die Beteiligung des Südens läßt zu wünschen übrig.

Alles in allem ist die Bilanz positiv. Befürchtungen gegenüber dem Zentrum, wie sie teilweise im Bundestag zu hören waren, seine Industrieländerkritische Haltung desavouiere die entwicklungspolitischen Bemühungen der Industrieländer, hat sich als unbegründet erwiesen.

Das Nord-Süd-Zentrum sollte weiterarbeiten können, im Hinblick auf eine bessere Effizienz aber neu strukturiert werden. Es muß endlich die Unterstützung von "großen" Ländern des Europarats wie Deutschland und Großbritannien erhalten und über die bisherigen Ziele hinaus sich der Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit in Europa sowie dem Bereich der mittelmeeerüberspannenden Zusammenarbeit widmen. Das Nord-Süd-Zentrum hat Zukunft, wenn es zu bereits bestehenden Institutionen Doppelarbeit vermeidet, seine originäre Rolle als Stimulator, Katalysator und Geburtshelfer für Nord-Süd-Aktivitäten sieht, Hilfe zur Vernetzung von bislang disparaten Aktivitäten mit Auswirkungen bis auf die lokale Ebene hin leistet und die europäische Dimension und Perspektive einbringt. Im übrigen ist eine strukturiertere Beteiligung der Wissenschaft an den Aktivitäten des Zentrums wünschenswert.

Insgesamt muß sich das Nord-Süd-Zentrum in seiner zukünftigen Arbeit auf neue Herausforderungen einstellen:

- die neue Dreieckspartnerschaft zwischen West, Ost und Süd,
- den Schicksalszusammenhang von "Umwelt und Entwicklung" als einer zentralen Aufgabe globalen Lernens,
- "soziale Entwicklung und menschliche Sicherheit" als Schlüsselprobleme internationaler Zusammenarbeit in den 90er Jahren auf dem Hintergrund von Armut, Arbeitslosigkeit, Migration, gesellschaftlicher Desintegration, Bevölkerungswachstum, Rechtlosigkeit, Diskriminierung.

(-/6. Mai 1993/rs/ks)